

# sprech zettel

Dr. Dirk Jandura  
Präsident  
T +49 30 59 00 99 535  
dirk.jandura@bga.de

**Es gilt das gesprochene Wort.**  
Sperrfrist: 13. Januar 2026, 10:30 Uhr

BGA-Pressekonferenz Großhandel  
am 13. Januar 2026

## **Großhandel in der Dauerkrise – warum die Reformen am Mittelstand vorbeigehen**

Meine Damen und Herren,

zunächst wünsche ich Ihnen ein frohes neues Jahr.

Der stark mittelständisch geprägte deutsche Groß- und Außenhandel hat einen Umsatz von rund **1,7 Billionen Euro** und **1,9 Millionen Arbeitsplätze**. Er ist eine der tragenden Säulen unserer Volkswirtschaft. Besonders der Großhandel verbindet Produktionsstufen, sichert Versorgung, organisiert Märkte. Ohne ihn gerät das gesamte Bauwerk ins Wanken.

Doch genau diese tragende Struktur wird seit Jahren überfordert.

Unter dem Eindruck des vergangenen Jahres haben wir unsere Dezember- Umfrage genutzt die Unternehmen des Großhandels nach Geschäftslage, Geschäftserwartung und den aktuellen Herausforderungen zu befragen.

Die Ergebnisse sind schlecht. Sehr schlecht sogar.

### **Grafik 1: Klimaindikator**

Der Klimaindikator des Großhandels bildet die Stimmungslage aus tatsächlicher Geschäftslage und Geschäftserwartung ab. Werte unter 100 stehen für eine negative Entwicklung. Der Klimaindikator steht zu Beginn dieses Jahres bei 70,6 Punkten.

Nach einem kurzen Anstieg im vergangenen Jahr – getragen von der Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Neustart nach der Bundestagswahl – sehen Sie, dass der Trend wieder klar nach unten zeigt. Sowohl die tatsächliche Lage als auch die Erwartungen der Unternehmerinnen und Unternehmer verschlechtern sich weiter. Das bedeutet für alle unsere Unternehmen eine anhaltende Krisensituation, in der es mehr um das Überleben, als um die Geschäftsentwicklung geht.

Was mich besonders bedrückt: Seit 2024 ist die tatsächliche Geschäftslage schlechter als die Erwartung. Das heißt: Die Unternehmen versuchen, trotz bröckelnder Rahmenbedingungen optimistisch zu bleiben, aber werden immer wieder von der Realität eingeholt. Engagement allein kann strukturelle Mängel nicht ausgleichen.

Was bedeutet das für das vor uns liegende Jahr 2026? An dieser Stelle wagen wir als BGA immer eine Prognose für das aktuelle Jahr. Im vergangenen Jahr waren wir bei unserer Prognose mit 0 % Wachstum negativer unterwegs als unsere Unternehmen. Und haben leider Recht behalten. Dieses Jahr prognostizieren wir ein leichtes Wachstum, wir gehen davon aus, dass der Großhandel etwa um **0,7 %** zulegen wird, de facto also weiter stagniert. Wir liegen damit unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Prognose der führenden Institute. Lassen Sie mich dies einordnen: Seit mehreren Jahren stabilisiert der Konsumgütergroßhandel die Umsatzzahlen des gesamten Großhandels. Der Konsum in Deutschland befindet sich auf einem niedrigen Niveau, ist aber – noch – stabil. Verdeckt werden dadurch die starken Einbrüche im Produktionsverbindungs handel. Das sind Großhändler im Bereich Maschinenteile, Chemie. Also alles, was die Industrie benötigt, um zu produzieren. Und genau hier sehen wir fehlende Aufträge, Entlassungen und Kurzarbeit. Das ist nicht nur ein Problem des Großhandels, das zeigt ein strukturelles Problem der gesamten deutschen Wirtschaft. Um es deutlich zu machen: Die moderaten Wachstumsprognosen für die kommenden Jahre bauen auf staatlichen Konsum und den Einsatz des Sondervermögens im Infrastrukturbereich. Das ist kein echtes organisches Wachstum, das ist ein schuldenfinanzierter Anschub. Und Schulden setzen zwar kurzfristige Impulse, beheben aber langfristig keine strukturellen Schwächen.

### **Grafik 2/3: Umsätze / Erträge**

Sie sehen hier: Über die Hälfte der Unternehmen unserer Wirtschaftsstufe hat im vergangenen Jahr Umsatz- und Ertragsrückgänge verzeichnet. Mehr als ein Drittel rechnet auch im kommenden Jahr mit weiteren Rückgängen bei den Erträgen.

Und bedenken Sie bitte, von welchem Niveau wir kommen. Viele Unternehmen haben ihre Reserven längst aufgebraucht. Es gibt keinen Puffer mehr, keinen Spielraum für weitere Belastungen. Weitere Rückgänge gehen direkt an die Substanz.

### **Grafik 4: Insolvenzzahlen**

Für nicht wenige bedeutet ein weiteres Jahr ohne Aufschwung: Die wirtschaftliche Tragfähigkeit ist nicht mehr gegeben. Das ist dann das Aus, besonders für kleine Unternehmen. Und auch diese Entwicklung hat bereits begonnen: Wir haben in 2025 einen Insolvenzzuwachs von +14 % gegenüber 2024. Seit Beginn der Rezession in 2023 haben wir also bereits über 2.000 Großhandelsunternehmen verloren. Darunter viele langjährige Familienunternehmen, die in ihren Regionen verwurzelt waren.

Ohne Hoffnung auf Wachstum und Stabilisierung bleiben zwangsläufig auch Investitionen aus. Zwei Drittel der befragten Unternehmen haben im vergangenen Jahr ausschließlich Ersatzinvestitionen getätigt oder rationalisiert. Niemand baut neu, wenn unklar ist, ob das Fundament hält.

### **Grafik 5: Warum keine Investitionen**

Die Gründe dafür sind eindeutig: Es fehlt das Vertrauen in den Aufschwung. Es entsteht der Eindruck, dass die Politik an die großen, so notwendigen Strukturreformen nicht rangeht.

Wenn der Mittelstand das Vertrauen in den Standort verliert, dann verliert dieses Land sein wirtschaftliches Fundament.

Auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung hat gelitten. Keine der bislang umgesetzten Maßnahmen ist im Mittelstand angekommen.

### **Grafik 6: Investitionsbooster**

Diese Grafik spricht für sich selbst.

Und wer dann noch wie die SPD vorschlägt, die Erbschaftssteuer zu erhöhen, schädigt das Vertrauen von uns Unternehmerinnen und Unternehmern in die Bundesregierung massiv. Es ist mir völlig schleierhaft, wie man mitten in der schlimmsten Wirtschaftskrise unseres Landes auf die Idee kommen kann, Steuern zu erhöhen und Unternehmen damit zusätzlich zu belasten. Dieses Papier darf niemals Realität werden.

Wir haben unsere Unternehmen auch nach der Zufriedenheit mit der jetzigen Bundesregierung befragt.

### **Grafik 7: Zufriedenheit Bundesregierung**

Das Ergebnis ist das schlechteste, seit wir diese Umfrage durchführen. In Schulnoten ausgedrückt erhält die Bundesregierung im Durchschnitt eine **4 minus**. Das bedeutet: die Versetzung ist stark gefährdet. Das ist kein Grund zur Freude, ich versichere Ihnen, wir haben kein Interesse daran, dass diese Regierung scheitert.

Die Unternehmen befinden sich seit Jahren in einer Art Dauerkrise. Der Sanierungsstau ist nicht über Nacht entstanden. Die Hoffnungen in eine neue Regierung waren hoch – wahrscheinlich viel zu hoch. Entsprechend groß ist jetzt die Enttäuschung, dass Entlastungen nicht schneller greifen und Unterstützung erneut vor allem bei der Industrie ankommt.

Auf der anderen Seite sehen wir auch die Ausgangslage dieser Koalition: Bürokratie, Investitionsstau, verschleppte Digitalisierung – das alles ist über viele Jahre entstanden. Niemand kann ein Land in einem Jahr kernsanieren. Aber erste Schritte sind erkennbar. Die digitale Modernisierungsagenda und die Planungsbeschleunigung im Bereich Verkehr und Infrastruktur gehen absolut in die richtige Richtung.

Aber das reicht nicht, um die mittelständischen Unternehmen aus der Krise zu holen. Hierbei geht es nicht um neue Subventionen, sondern um Maßnahmen, die den Standort verbessern. Für den Mittelstand liegen die größten Baustellen hier:

#### **1. Bürokratie**

75 % der Unternehmen empfinden die bürokratischen Belastungen als überfordernd – zeitlich wie finanziell. Bürokratie ist kein Ordnungsrahmen mehr, sie ist zum Bauhindernis geworden. Wir ersticken uns selbst im Regelwerk. Warum muss in dieser Lage die Entgelttransparenzrichtlinie durchgedrückt

werden? Brüssel muss hier das Stop-the-Clock-Verfahren anwenden. Oder die Einführung des Verrechnungsmodells bei der Einfuhrumsatzsteuer. Eine kleine Änderung, die dem Mittelstand umso mehr Entlastung bringen würde. Um wirklich einen Impuls zu setzen, sollten mit einem Moratorium alle Berichtspflichten für die kommenden zwei Jahre ausgesetzt werden!

## 2. **Arbeitskosten**

### **Grafik 8: Entlastung Arbeitskosten**

Mehr als zwei Drittel der Unternehmen fordern Entlastung bei den Arbeitskosten. Jedes Prozent mehr bei Krankenversicherung und Rentenversicherung kostet sowohl die Arbeitgeber aber auch die Arbeitnehmer bares Geld. Wir bewegen uns inzwischen in Richtung einer Beitragshöhe von 45 % – wünschenswert für unser Land wären 40. Die hohen Arbeitskosten sind für uns ein echter Wettbewerbsnachteil geworden. Die eingesetzten Kommissionen müssen jetzt liefern! Wir wissen: Der Sozialstaat in seiner jetzigen Form ist auf Dauer nicht finanzierbar. Einsparungen sind schmerhaft – aber ohne sie gefährden wir das gesamte System. Wer immer weiter aufstockt, ohne die Tragfähigkeit zu prüfen, riskiert den Einsturz.

## 3. **Steuerliche Entlastung**

Die vorgezogene Senkung der Körperschaftsteuer klingt gut – hilft aber nur rund 10 % unserer Unternehmen. Der Großteil der KMU sind Personengesellschaften. Sie gehen erneut leer aus. Helfen würde die Umsetzung der Einkommenssteuertarifreform. Und noch sinnvoller wäre die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Laut Bundesministerium der Finanzen spart das den Unternehmen rund **10 Mrd. Euro pro Jahr**. Dies müsste auch nicht vom Bundesrat genehmigt werden – hier könnte die Bundesregierung schnell und effektiv handeln.

## 4. **Energiekosten**

Für 44 % unserer Unternehmen sind sie bereits zu hoch, weitere 40 % sehen sich an der Belastungsgrenze. Energiekosten wirken wie eine dauerhafte Zusatzlast auf der Statik. Warum senken wir die Energiesteuer nicht endlich auf das europäische Mindestmaß?

Meine Damen und Herren,

ich sehe viele Bereiche, die Mut machen: die verabschiedeten Omnibusverfahren in Brüssel, angeschobene und inzwischen auch erfolgreich abgeschlossene Infrastrukturprojekte. Die Modernisierungsagenda ist ein richtiger Schritt. Er zeigt, die Bundesregierung hat sich auf den Weg gemacht. Jetzt müssen wir alle aber diesen Weg auch gemeinsam weitergehen. Wir als Großhandel wollen unseren Beitrag leisten. Auch wenn wir kritisch sind, wir sind nicht der Gegner. Wir möchten wieder investieren, in unsere Mitarbeiter und in dieses Land.

Ich möchte zum Abschluss daher einen Appell richten an die Parteien der Bundesregierung. Es geht um unser Land. Haben Sie den Mut, unbequeme Entscheidungen zu treffen – Sie dürfen uns etwas zumuten, Unternehmern wie Arbeitnehmern. Aber verzichten Sie auf Wahlgeschenke. Stoppen Sie die Klientelpolitik. Gehen Sie Probleme strukturell an, auch im Sinne der folgenden Generationen. So können wir gemeinsam wieder Vertrauen und Zuversicht schaffen, und damit Wachstum und Wohlstand.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!